

## Inhalt

WBR-Stellungnahme zu öffentlichen Kreditinstituten	1
Informationen von Mitgliedern und Partnern	2
Nachrichten aus Brüssel und vom CEEP	3
EU-News im Überblick	5
Aktueller Stand zum Thema Freihandelsabkommen	7
Kontakt	7

## WBR-Stellungnahme zu öffentlichen Kreditinstituten

In seiner gerade erschienenen Stellungnahme mit dem Titel „Sparkassen und Landesbanken im Wettbewerb – Ist der Öffentliche Auftrag noch zeitgemäß?“ unterstreicht und begründet der Wissenschaftliche Beirat des bvöd (WBR) die Notwendigkeit von genossenschaftlichen und öffentlichen Kreditinstituten zur zukünftigen nachhaltigen Stabilisierung des gesamten Bankensektors.

Die Langfassung dieser Stellungnahme erscheint in Kürze in der [Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen \(ZögU\)](#), dem Organ des Bundesverbandes Öffentliche Dienstleistungen – Deutsche Sektion des CEEP e.V., zu beziehen über die [Nomos Verlagsgesellschaft](#).

Zum [Text der Kurzfassung](#)

## Impressum

Bundesverband Öffentliche  
Dienstleistungen - Deutsche  
Sektion des CEEP e.V. (bvöd)

Invalidenstraße 91  
10115 Berlin

fon: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 0  
fax: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 29  
email: [info@bvoed.de](mailto:info@bvoed.de)  
[www.bvoed.de](http://www.bvoed.de)

## Informationen von Mitgliedern und Partnern

---

### **Prof. Dr. Ulf Papenfuß hat den Lehrstuhl für Public Management & Public Policy in Friedrichshafen übernommen**



Prof. Dr. Ulf Papenfuß, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des bvöd, hat zum 1. September 2016 den Ruf an die Zeppelin Universität angenommen und den Lehrstuhl für Public Management & Public Policy in Friedrichshafen übernommen. Zuvor war er Juniorprofessor am Lehrstuhl für Public Management der Universität Leipzig.

Von 2008 bis 2013 war Prof Papenfuß Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Verwaltungswissenschaft, insbesondere Steuerung öffentlicher Organisationen, sowie an der Professur für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. Von 1999 bis 2013 war er Angehöriger der Bundeswehr. Nach Ausbildung und Einsatz als Offizier der Feldjägertruppe studierte er von 2002 bis 2006 Betriebswirtschaftslehre an der Helmut-Schmidt-Universität und war im Anschluss als Offizier in Köln und Berlin eingesetzt. Seit dem 1. September 2016 ist er Inhaber des Lehrstuhls für Public Management und Public Policy an der Zeppelin Universität Friedrichshafen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Feld Public Corporate Governance. Die Antrittsvorlesung von Prof Papenfuß wird am 22. November 2016 stattfinden.

Weitere [Informationen zum Lehrstuhl](#)

## Nachrichten aus Brüssel und vom CEEP

### CEEP Umfrage "Pulse of Public Services"



Zweimal im Jahr führt die Task Force Makroökonomie des CEEP eine Umfrage in den öffentlichen Unternehmen in Europa durch. Das Ziel dieser Umfrage ist es, den derzeitigen "Puls" der Geschäftsführer zu ermitteln, indem diese nach ihren Einschätzungen bezüglich der momentanen und zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Unternehmen und Dienstleistungen befragt werden. Die Ergebnisse fließen in die Diskussionen auf Europäischer Ebene ein; insbesondere in den sog. Dreigliedrigen Sozialgipfel (Tripartite Social Summit – TSS), der die branchenübergreifenden Sozialpartner auf höchster politischer Ebene regelmäßig mit ranghohen EU Politikern zusammenbringt. Deadline der Umfrage, deren Ergebnisse in den nächsten Dreigliedrigen Sozialgipfel am 19. Oktober 2016 eingebracht werden sollen, ist der 4. Oktober. Wir würden uns freuen, wenn Sie an dieser Umfrage teilnehmen und so die Meinungsbildung im CEEP mitgestalten.

Zur [Umfrage](#)

### Vergabe des CEEP-CSR Label 2016



Auch in 2016 konnten sich Unternehmen aus ganz Europa wieder um das alle zwei Jahre vom CEEP verliehene Gütesiegel für gesellschaftliche Verantwortung als anerkanntes europäisches Label für öffentliche Unternehmen und Erbringer öffentlicher Dienstleistungen bewerben.

Die von den Unternehmen eingereichten Belegdokumente ihres CSR-Engagements wurden von einer unabhängig besetzten Jury ausgewertet. In diesem Jahr werden über 20 europäische Unternehmen mit diesem Label ausgezeichnet.

Die [Verleihung des Labels](#) wird am Montag, dem 14. November 2016, in 75007 Paris, Caisse des dépôts et consignations 56, rue de Lille, stattfinden. Auf dieser Veranstaltung werden die besten CSR-Praktiken vorgestellt.

Wir möchten alle CEEP-Mitglieder und Interessierte zu diesem Event einladen.

Zur Online-[Registrierung](#)

### **Konferenz zu EU-Finanzierung im Bereich Bildung und Weiterbildung am 23. November 2016 in Brüssel**

Die Konferenz behandelt das Thema der EU-Finanzierung für Investitionen in den Bereichen Bildung und Weiterbildung unter Betrachtung der Rolle der Sozialpartner. Die Konferenz findet im Rahmen eines Projekts von ETUC und CEEP gemeinsam mit den Bildungspartner ETUC und EFEE statt und hat die Vergrößerung der Rolle der europäischen Sozialpartner auf nationaler und regionaler Ebene bei Investitionsmöglichkeiten im Bildungs- und Ausbildungsbereich zum Ziel.

Bei Fragen zu der Konferenz oder zu dem Projekt können Sie sich an Frau Carlotta Astori, CEEP-Project Officer wenden ([carlotta.astori@ceep.eu](mailto:carlotta.astori@ceep.eu)).

### **Ausschuss für Internationalen Handel veröffentlicht juristisches Gutachten zu Investitionsschutzvorschriften**

Der Ausschuss für Internationalen Handel des Europäischen Parlaments hat ein juristisches Gutachten zur Vereinbarkeit der Verträge zum Investitionsschutz in Freihandelsabkommen mit einem besonderen Fokus auf CETA veröffentlicht. Das Gutachten wurde aufgrund des großen öffentlichen Interesses an CETA erstellt. Trotz grundsätzlicher Bestätigung der Vereinbarkeit mit den EU-Verträgen werden in dem Gutachten Bedenken geäußert, dass durch Investitionsschiedsverfahren die alleinige Zuständigkeit der europäischen Gesetzgeber und Gerichte bei Anwendung und Auslegung des EU-Rechts infrage gestellt werden könnte.

Hier zum [Gutachten](#)

### **Vorschläge der REFIT-Plattform von Europäischer Kommission übernommen**

Ende Juli hat die Europäische Kommission 16 Vorschläge der REFIT-Plattform übernommen, wie die existierende EU Gesetzgebung und deren Umsetzung in den Mitgliedsstaaten verbessert werden kann. Diese Vorschläge werden in das Arbeitsprogramm der Kommission für das Jahr 2017 mit einfließen. CEEP beurteilt die ersten sechs Monate seit Beginn des REFIT-Prozesses sehr positiv und begrüßt, dass in den Bereichen Wettbewerb und Mehrwertsteuer zahlreiche Probleme konstruktiv thematisiert wurden.

Zu den [Vorschlägen von REFIT](#) und zur [REFIT-Website](#)

---

## EU-News im Überblick

---

### Rede zur Lage der Europäischen Union

Der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker hat am 14. September vor dem Europäischen Parlament in Straßburg seine Rede zur Lage der Union 2016 gehalten und darin die Fortschritte des vergangenen Jahres und die Prioritäten für das kommende Jahr präsentiert. Gleichzeitig erläuterte er, wie die Kommission die dringlichsten Herausforderungen, die sich der Europäischen Union stellen, angehen will.

[Hier zum Redetext](#)

[Cartoonversion](#)

### Kommission modernisiert die europäische Sozialstatistik

Die EU-Kommission hat einen Vorschlag zur besseren Erhebung und Verwendung von Daten aus der Sozialstatistik vorgelegt. Ziel ist eine bessere Untermauerung politischer Entscheidungen in der Sozialpolitik. Sozialkommissarin Marianne Thyssen sagte: „Wir nehmen heute die Modernisierung der Sozialstatistik in Angriff. Dabei stehen aber nicht die Zahlen im Mittelpunkt, sondern der Mensch. Gute Politik setzt gute Daten voraus. Was wir brauchen, sind die genauesten sozialstatistischen Daten. Wir brauchen aktuellere Daten und wir brauchen sie schneller, damit wir mit unseren sozialpolitischen Maßnahmen auf die tatsächlichen Bedürfnisse der europäischen Bürgerinnen und Bürger eingehen können. Mit dem heute vorgelegten Vorschlag beweisen wir einmal mehr, dass die soziale Dimension für die Juncker-Kommission ein zentrales Anliegen ist.“

Hier zur [Pressemitteilung](#) und zum [Fact Sheet](#)

### Vestager und Gabriel verständigen sich über Energie-Beihilfen

Die EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager hat eine informelle Verständigung mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, über Kernpunkte einer Reihe wichtiger deutscher Beihilferegulungen im Energiesektor erzielt, die die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), die erneuerbaren Energieträger und das Strommarktgesetz betreffen. In den letzten Monaten wurden intensive Diskussionen zwischen der Kommission und den deutschen Behörden geführt. Auf deren Grundlage hat Deutschland eine Reihe von Änderungen des Gesetzes zur Kraft-Wärme-Kopplung, des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und des Energiewirtschaftsgesetzes vorgeschlagen. Die von den deutschen Behörden angeregten Änderungen zielen auf die Gewährleistung der Einhaltung der Unionsregeln über staatliche Beihilfen ab, insbesondere der [Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen aus dem Jahr 2014](#).

Zur [Pressemitteilung](#) der Europäischen Kommission

### **Eurobarometer-Umfrage: Welche Prioritäten für Europa?**

Die oberste Priorität der EU solle die Terrorismusbekämpfung sein, gefolgt von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Bekämpfung von Steuerbetrug, der Bewältigung der Migration, dem Schutz der Außengrenzen und dem Umweltschutz. So lautet das Ergebnis einer vom Parlament in Auftrag gegebenen Eurobarometer-Umfrage. Die Umfrageteilnehmer wurden gefragt, ob in bestimmten Politikbereichen mehr oder weniger gemeinsame EU-Maßnahmen ergriffen werden sollten. Die Umfrageteilnehmer vertreten die Ansicht, dass im Großteil der abgefragten Politikbereiche mehr auf EU-Ebene unternommen werden solle.

Zur [Eurobarometer-Umfrage](#)

### **EU investiert in Energieanbindungen zwischen Deutschland und Polen**

Die Europäische Kommission stellt weitere 9,2 Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) für den Bau von Interkonnektoren zwischen Polen und Deutschland bereit. Konkret geht es um zwei Gaspipelines in Dolnośląskie, Lasów-Jeleniów und Gałów-Kietczów sowie den Ausbau des unterirdischen Gasspeichers in Wierzchowice. Dadurch wird sich die Kapazität der Gasleitungen erhöhen, mit denen Gas zwischen beiden Ländern über Lasów an der polnisch-deutschen (sächsischen) Grenze transportiert werden kann. Investitionen in grenzüberschreitende Energie-Infrastrukturen sind ein wichtiges Element der Europäischen Energieunion, eine der politischen Prioritäten der Juncker-Kommission.

Zur [Pressemitteilung und weiteren Informationen](#)

---

## Aktueller Stand zum Thema Freihandelsabkommen

---

### Studie: CETA und TTIP bedrohen Wasserwirtschaft

Die Stadtwerke Karlsruhe haben untersucht, inwiefern die geplanten EU-Freihandels- und Investitionsabkommen mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) sowie das plurilaterale Dienstleistungsabkommen TiSA Auswirkungen auf die kommunale Wasserversorgung haben. Das Ergebnis der Untersuchung, das laut Angaben des Unternehmens mit Verbänden und Fachleuten abgestimmt wurde, zeigt, dass die Wasserwirtschaft in Deutschland sehr wohl von CETA und TTIP betroffen wäre.

Zum [ganzen Artikel](#)

### Rekommunalisierung auch nach CETA möglich

Auch nach Inkrafttreten des zwischen der Europäischen Union und Kanada vorgesehenen Freihandelsabkommens CETA bleiben Rekommunalisierungen in Deutschland möglich. Dies erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([18/9193](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Wasserwirtschaft, vor allem sowohl die öffentliche Versorgung mit sauberem, preiswertem Trinkwasser als auch die öffentliche Abwasserbeseitigung, sei in Deutschland in überwiegend öffentlicher Hand.

Zur [gesamten Mitteilung](#)

### CETA: Kommunale Spitzenverbände geben Entwarnung

Kritiker von TTIP und CETA, aber auch zahlreiche Bürgermeister warnen davor, dass die Freihandelsabkommen die Regulierungshoheit der Kommunen bedrohen. Doch das stimmt nicht – wie nun auch die kommunalen Spitzenverbände erklärt haben. Während die EU mit den USA noch über das Freihandelsabkommen TTIP verhandelt, müssen beim europäisch-kanadischen Abkommen CETA nur noch die Parlamente und der Rat der EU grünes Licht geben.

Zum [Artikel](#)

## Kontakt

---

[bvöd-Geschäftsstelle](#)

Fon +49 (0) 30 / 943 95 13 - 0

email [info@bvoed.de](mailto:info@bvoed.de)

[Alle bisherigen Newsletter-Ausgaben](#)

[Newsletter abonnieren](#) – zur Abbestellung genügt eine Mail an [info@bvoed.de](mailto:info@bvoed.de)